

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Direktion:
Tageblatt Riesa.
Bernau Nr. 20.
Tosch Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort:
Tosch Nr. 22.
Riesa Nr. 22.

Nr. 2.

Dienstag, 3. Januar 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundfläche-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Zusammentritt des Reichstages voraussichtlich am 17. Januar.

Der Wiederbeginn der politischen Arbeit. Der frühere Reichskanzler Cuno plötzlich gestorben.

Nach dem Ende des Burgfriedens.

Mit dem alten Jahr ist der notverordnete Burgfriede geistlich, und man wird gut tun, sich darauf einzurichten, daß der inner- und außenpolitische Kampf alsbald wieder in aller Schärfe — wenn auch hoffentlich nicht in den alten Formen — entbrennen wird. Die Hochflut der vom 2. Januar an wieder uneingeschränkt erlaubten Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen hat bereits begonnen. Es bleibt abzuwarten, ob sie sich in den Grenzen halten werden, jenseits deren die Maßnahmen in Kraft gesetzt werden müßten, von denen der Reichskanzler von Schleicher in seiner Rundfunkansprache als fertig bereitliegenden Waffen gegen böswillige Anstifter ge-
sprochen hat.

Am Vordergrund des Interesses steht das Wieder-
aufleben des Kampfes um die parlamentarische Konstel-
lation. Der Vorkriegsrat des Reichstages wird am Mittwoch
nicht nur den Geschäftsplan für die nächsten Sitzungen
fertigstellen, sondern vielleicht auch schon darüber Beschluß
lassen, ob der Reichstag nicht schon für die nächste Woche
einberufen werden soll. Es ist ohne weiteres klar, warum
weite Kreise des Reichstages unter allen Umständen so
manövrieren möchten, das entweder die nationalsozialistis-
che Sperrmehrheit des Reichstages durch die
Erzwingung einer eindeutigen Stellungnahme der National-
sozialisten zum Kabinett Schleicher gesprengt wird, oder
daß es zu Neuwahlen kommt, die den gleichen Effekt haben
dürften.

Arbeitende und Arbeitslose sind in gemeinsamem
Schicksal verbunden, denn sie zusammen sind das Deutsche
Volk. Diese Worte aus der Ansprache des Reichspräsidenten
von Hindenburg an die Mitglieder des Kabinetts anläßlich
des Neujahrsempfanges kennzeichnen bedeutsam den Kurs,
den man im neuen Jahre von dem Kabinett Schleicher zu
erwarten hat. Sie bilden einen starken Kontrast, der im
Volke allseits als solcher empfunden wird, gegenüber dem
bösen Wort vom Wohlfahrtsstaat, das in den Arbeiterkreisen
und darüber hinaus im gesamten Mittelstand zur Opposition
gegen Papen aufrief.

Nicht nur der Reichstag allein, sondern auch der Reichs-
rat dürfte binnen kurzer Zeit mit der Reichsregierung in
sehr nahe Berührung treten. Ministerialdirektor Gohmann
hat die Gelegenheit der Neujahransprache an den Herrn
Reichspräsidenten benützt, um das Reichsoberhaupt ebenso
entschieden wie höflich darauf hinzuweisen, daß in An-
sicht der Vorfälle eine Lösung des Preußenkonflikts für
notwendig gehalten wird. Mit diesen kurzen Worten des
Ministerialdirektors Gohmann sind innig verbunden die
Neujahrswünsche des bayerischen Staatsrates Schäfer, der
die Aufgabe des kommenden Jahres: die Neugliederung des
Reiches, innerlich sehr scharf umrißt. Es ist ganz klar, daß,
wenn eine de facto-Vereinbarung in Preußen erreicht wird
und damit eine grundsätzliche Verschiebung des Kräfteverhält-
nisses zwischen Reich und Ländern eintritt, auch die Rechte
der süddeutschen, bzw. mittel- und norddeutschen Staaten
erweitert und in einem Maße gestärkt werden müssen, die
den föderativen Aufbau des Reiches der Weimarer Ver-
fassung gemäß gefährden. Ein solcher Umbau muß schon
im Hinblick auf die spätere Eingliederung Oesterreichs
kommen.

In den Säben des Herrn Reichspräsidenten über den
Einbau der deutschen Jugend in die Wehrkraft der Nation
mit Hilfe der Wehrmacht liegt der Grundgedanke der Politik für
1933 begründet: es wird ein Jahr der Revisionen werden.
Vom Balkan bis zum Welt löst der Ruf nach Revision
lauter und viel entschiedener denn je.

Revidiert muß werden im Donauboden, wo die kleine
Entente in einer Vorahnung der kommenden Ereignisse sich
gegenüber der ungarisch-italienisch-österreichischen Front be-
sonnig verhalten hat. Revidiert muß werden der unter-
trügliche Zustand, in dem unsere Reichswehr sich gegenüber
den schwer bewaffneten Friedensarmeen unserer Nachbarn
befindet. Mit dieser Revision, die die Schaffung einer Wehr-
macht in sich schließt, ist zugleich eine noch nicht abzuschätzende
Veränderung des innerpolitischen Kräfteverhältnisses zu-
gunsten der jeweils herrschenden Regierungsgewalt un-
weigerlich verknüpft. Revidiert muß werden der Fragen-
komplex rund um den Korridor und um Ostoberschlesien.
Gerade hier werden wir vielleicht schon in den nächsten
Tagen die ersten französischen Gegenmeinungen aufzuliegen sehen.
Man wird die Anerkennung der letzten Ostgrenzen bereits
als Tauchgegenstand für die Anerkennung der deutschen
Wehrmacht aus den Zeiten der Rheinlandräumung
wird ihre alten Ränke spielen lassen, um die Revision des
Korridors so lange als möglich hinauszuschieben.

Dementsprechend drängen sich die Vorbereitungen für
die großen außenpolitischen Entscheidungen schon in den
nächsten Wochen förmlich zusammen. In der Mitte der
nächsten Woche treten die Delegationen aller Nationen zu

Reichsregierung erwartet parlamentarische Klärung.

11 Berlin. Das Wiederleben der politischen Tätig-
keit nach der Ruhe der Feiertage kommt in einer ganzen
Reihe von Menschenleben in den verschiedenen Zeitungen
zum Ausdruck, in denen die Entwicklung der innerpolitischen
Lage, vor allem das Verhältnis zwischen Regierung und
Reichstag erörtert wird.

Wiedererinnert wird in einer ganzen Reihe von
Blättern der 17. Januar als der Termin für den Zusammen-
tritt des Reichstages genannt und hervorgehoben, daß die
Reichsregierung besonderen Wert darauf legt, die Stellung-
nahme der Parteien zu ihrem Programm in einer Debatte
ohne weitere Verzögerung zu klären und nicht durch eine
Vertagung des Reichstages die grundsätzlichen Fragen in der
Schwebe zu lassen.

Die „Germania“ sagt darüber hinaus, die Regierung
werde sich auch hinsichtlich des Zeitpunktes der Einberufung
des Reichstages gegenüber entgegenkommend zeigen. Das
Blatt hebt weiter hervor, daß der Reichskanzler vor allem
ein klares Bekenntnis der NSDAP. für „ob“ gegen sich
fordern werde.

Auch in anderen Blättern wird diese Auffassung des
Kanzlers betont. Einige Blätter beschäftigen sich in diesem
Zusammenhang auch mit der Preußenfrage und der bevor-
stehenden Aussprache zwischen Reichskanzler v. Schleicher
und Ministerpräsident Brauns.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, daß diese
Unterredung neben anderem auch die Möglichkeit einer
legalen Wahl eines neuen Ministerpräsidenten in Preußen
und die Beendigung der kommissarischen Regierung zum
Thema haben werde. Sollte eine Neuwahl des Minister-
präsidenten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen nicht
zustande kommen, so dürfte nach Auffassung des Blattes mit
einer Auflösung des Landtages auch unabhängig von dem
künftigen Schicksal des Reichstages zu rechnen sein.

Auch die „Völkische Zeitung“ gibt dieser Auffassung Aus-
druck und sagt, in der Unterredung Schleicher-Brauns werde
geklärt werden müssen, ob sich in dem Dreimännerkollodium,
das über die Auflösung zu entscheiden habe und das sich aus
Ministerpräsident Brauns, dem Staatsratspräsidenten Dr.
Hedenauer (Zentrum) und dem nationalsozialistischen Land-
tagspräsidenten Kerl zusammensetzt, eine Mehrheit für
Neuwahlen finden könnte.

11 Berlin. Einige Berliner Nachmittagsblätter geben
Gerüchte wieder, die sich im Zusammenhang mit dem Fall
Straher mit der künftigen Haltung der NSDAP. gegenüber
der Regierung von Schleicher beschäftigen. Unter anderem
wird vermutet, daß sich Gregor Straher endgültig von Hitler
trennen werde, wenn die NSDAP. die Parole der unent-
wegenen Opposition weiterverfolgen sollte. Weiter wird be-
hauptet, Reichskanzler von Schleicher denke daran, Straher
den Posten eines Vizekanzlers im Reichskabinett anzubieten
und bemühe sich auch darum, daß Straher im preussischen
Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt werde.

Gegenüber allen diesen Kombinationen kann zunächst
gefragt werden, daß die verantwortlichen Stellen ihnen zu-
nächst fernstehen. Natürlich wird die Reichsregierung die
Entwicklung innerhalb der NSDAP. abwarten; in welcher

der Vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz in Genf
zusammen, um das Arbeitsprogramm für die offizielle große
Weltwirtschaftskonferenz in London im Frühjahr festzu-
legen. An diese Vorbereitungskonferenz schließt sich un-
mittelbar die Völkervereinbarung an, in der wir voraus-
sichtlich einen schweren Zusammenstoß mit Polen erwarten
dürfen. Am Ende des Monats fällt unserem Reichsaußen-
minister die schwere Aufgabe zu, zum ersten Male wieder
an der Abrüstungskonferenz mitzuwirken, bei der man dies-
mal hoch zu positiven Ergebnissen zu kommen hofft.
Schon im Interesse dieser ganz großen außenpolitischen
Aufgaben müßte dringend erwünscht werden, daß nicht, wie
so oft in der Geschichte der vergangenen Jahre, die Stroh-
kraft dem Ausland gegenüber gelähmt wird durch die
Sabotage verantwortungsloser Opposition im Reichstag.

Dank des Reichspräsidenten für die Neujahrsglückwünsche.

11 Berlin. (Frankfurt.) Anläßlich des Jahreswechsels
ist dem Herrn Reichspräsidenten wiederum eine Fülle tele-
graphischer und brieflicher Glückwünsche aus dem In- und
Auslande ausgegangen. Da die Einzelbeantwortung ihm
nicht möglich ist, spricht der Herr Reichspräsident allen, die
seiner freundlich gedacht haben, auf diesem Wege seinen
herzlichen Dank und seine Erwidmung der Glückwünsche
aus.

Form aber oder ob überhaupt in absehbarer Zeit die sach-
lichen Beziehungen zwischen Gregor Straher und der Partei-
führung der NSDAP. eine Klärung erfahren, steht noch
dahin. Sollte sie in absehbarer Zeit erfolgen, so würde da-
mit auch über die endgültige parlamentarische Haltung der
NSDAP. Klarheit geschaffen sein. Die Reichsregierung
überprüft, wird sich, so wird in unterrichteten Kreisen ver-
sichert, den Wünschen des Reichstages nach Abgabe der
Regierungsverklärung und nach einer politischen Aussprache
keineswegs entgegenstellen und auch hinsichtlich des Zeitpunktes
den Wünschen des Reichstages zweifellos entgegenkommen.
Über den Tag des Zusammentritts des Reichstages wird
sich der Reichsrat am Mittwoch noch entscheiden. Auf
den Fall aber wird der Reichskanzler selbst ein klares Be-
kenntnis der NSDAP. für oder gegen sich fordern. An
einer etwaigen Verschleppung dieser Klärung habe die
Reichsregierung kein Interesse. Das diese Klärung in einer
vorherigen Verständigung zwischen dem Reichskanzler und
der Führung der NSDAP. gesucht wird, hält man durchaus
für möglich. Der in der Presse aufgetauchte Gedanke, Gregor
Straher in irgendeiner Form ins Kabinett aufzunehmen
und ihn auch zum preussischen Ministerpräsidenten wählen
zu lassen, wird als eine sehr weitgehende Spekulation an-
gesehen, wobei man der Ueberzeugung ist, daß ein Mann wie
Gregor Straher als „Spillter“, d. h. lediglich als Person,
keine Bereicherung des Kabinetts im Sinne einer Verbesse-
rung der Regierungsbasis bedeuten würde. Diese Ansicht
dürfte sich übrigens, wie man weiß, mit der Gregor
Strahers selbst decken.

Zu den Behauptungen des „Jugenddeutschen“, daß Adolf
Hitler und der frühere Reichskanzler von Papen in den
nächsten Tagen zu einer eingehenden Aussprache zusamen-
treffen würden, und daß die Vermittlung in erster Linie
auf den früheren General von Stülpenagel zurückgehe, er-
klärt sich Reichskanzler von Papen auf Anfrage, daß er den
General von Stülpenagel seit vier Wochen nicht gesehen und
gesprochen habe, daß ihm auch von irgendeiner anderen
Seite eine Zusammenkunft mit Adolf Hitler nicht ange-
tragen worden sei und daß überhaupt die Ausfühungen
des Blattes, soweit sie seine Person betreffen, absolut auf
Erfindung beruhten.

Die bevorstehende Aussprache Schleicher-Brauns

Berlin. Wie die „DAZ.“ zu der kommenden Aus-
sprache zwischen Reichskanzler von Schleicher und dem
Ministerpräsidenten Brauns erfährt, werden neben anderen
Wichtigkeiten der Lösung der Preußenfrage insbesondere
die Frage der legalen Wahl eines neuen Ministerpräsi-
denten für Preußen und demzufolge die Beendigung der kom-
missarischen Regierung erörtert werden. Sollte eine Neu-
wahl des Ministerpräsidenten gemäß den gesetzlichen Bestim-
mungen nicht zustande kommen, so dürfte mit der Auflösung
des Landtages auch unabhängig vom künftigen Schicksal des
Reichstages zu rechnen sein. Umzugsanläufe würde sich aller-
dings bei der Notwendigkeit neuer Preußenwahlen eine
Auflösung des Reichstages kaum vermeiden lassen.

Geheimrat Cuno gestorben.

Hamburg. (Frankfurt.) Der frühere Reichskanzler
Geheimrat Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hamburg-
Amerika-Linie, ist im 57. Lebensjahre gestorben.

Zum Ableben von Geheimrat Cuno teilt Sapag mit,
daß Dr. Cuno seit einigen Tagen an Anfällen von Herz-
neuralgie gelitten hat. Der Arzt hatte ihm am Montag ge-
raten, schließlich einen Urlaub anzutreten. Dr. Cuno war
heute Dienstag früh im Begriff, sich für eine Urlaubreise,
die er mit seiner Gattin unternehmen wollte, zu rüsten, als
ein Schlaganfall seinem Leben ein Ziel setzte.

Der Name Cuno ist ungetrenntlich verknüpft mit der
Erinnerung an den Ruhrkampf und die Inflationskata-
strophe des Jahres 1923. Dr. Wilhelm Cuno, der aus Suhl
in Thüringen stammte, war während des Krieges Leiter der
Reichsgeldstelle und übernahm 1916 im Reichsfinanzamt
das Hauptreferat für finanzwirtschaftliche Fragen. Im
Jahre 1917 verließ er den Reichsdienst und trat in den
Vorstand der Hamburg-Amerika-Linie ein, deren General-
direktor er nach dem Tode Ballins im Jahre 1918 wurde.
Bei den Völkervereinbarungen und den zahlreichen
folgenden Konferenzen der ersten Nachkriegszeit wirkte
Dr. Cuno als Sachverständiger für Schiffahrtswesen mit.

Nach dem November 1922 die vom Reichspräsidenten Goert
gewünschten Bemühungen zur Erweiterung des Kabinetts
Dittich scheiterten und zum Rücktritt der Regierung führten,